

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Fr. 225

Geschäftsverwalter: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die englische Kritik an Curzons Note.

Weitere Londoner und Pariser Stimmen zum Notenwechsel.

Frankreichs Beziehungen zu seinen Alliierten.
(Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 15. Mai.

Wie wir berichteten, war das Urteil der gestrigen Morgenblätter über die britische Antwortnote an Deutschland nicht einheitlich. Dieser Eindruck wurde dann durch die Abendblätter verstärkt, wobei sich das für und Wider zu ungunsten der Note verschob. Das Urteil des „Manchester Guardian“ ist kurz dieses: In der hauptsächlichsten Frage ist die Note gut. Das wichtigste Moment liegt darin, daß Deutschland auf Grund der Note die Verhandlungen fortsetzen und ein neues, vor allem besser formuliertes Angebot machen kann. „Lord Curzon hat interveniert“, fährt der „Manchester Guardian“ sein Urteil über diesen Teil der Note zusammen; dagegen ist die Note unendlich streng in Tone, und ihre Einwände gegen das deutsche Angebot seien nicht stichhaltig. Lord Curzon tabelte zunächst, daß Deutschland zu wenig angeboten habe, aber der Unterschied zwischen Curzons und Bonar Law's Zahlungsplan sei weit geringer, als es sonst bei Beginn von Verhandlungen üblich sei. Dann gebe Lord Curzon über das Angebot des unparteiischen Schiedsgerichts hinweg, so daß er keine Anlässe habe, von der deutschen Note, als von einer „Unklarheit“ zu sprechen. Ein weiterer Einwand Lord Curzons betreffe die Garantien. Deutschland habe aber seinen gesamten Reichtum angeboten. Es sei ganz natürlich, daß hierüber Verhandlungen nötig seien. Wenn man Deutschland zu verstehen gebe, nicht über die Frage zu sprechen, so könnte Deutschland solange diese Frage nicht geregelt sei, überhaupt nichts anbieten. Ein **überhaupt nicht möglich**. Der „Evening Standard“ erwidert in der Curzonschen Note ein Mutterbedürfnis für die Kunst, sich „geheimlich“ auszudrücken. (1) Was er sage, sei „höflich und hart“, so daß der „empfindliche Deutsche“ sich nicht verletzt fühlen könne. Wenn hinter dieser Höflichkeit ein harter Wille handle, so wäre die Note ausgerechnet. Aber die Note sei ganz unerschöpflich, und man habe den Eindruck, daß die englische Regierung weder einen festen Plan habe, noch die Entschlußkraft, irgendeinen Plan durchzuführen. Die Franzosen hätten einen Plan, und zwar nach der Meinung Englands einen schlechten. Deshalb müsse England etwas anderes an diese Stelle setzen, was die Reparationen und Sicherheitsforderungen Frankreichs gewährleisten. Daß sich aber Deutschland zu einem solchen Angebot entschließen könne, sei nicht zu erwarten. Deshalb sei zu bedauern, daß die

Note nicht sage, was England von Deutschland erwarte. Man müsse der deutschen Regierung klar machen, daß ihre „Ausflüchte und Verzögerungen nicht mehr geduldet“ werden. Man müsse verlangen, daß sie zahle, was sie könne. Die Phraseologie der Note Lord Curzons werde aber ganz gewiß nicht imstande sein, einen Gefühlswechsel der Deutschen herbeizuführen, die immerzeit ihre „Verschiebungspolitik“ gegen die geschlossene Front der Alliierten durchgesetzt hätten. Diese Freundschaften für Deutschland werden von der „Wall Mall Gazette“ noch übertroffen. Das Blatt, das sonst im allgemeinen ein objektives Urteil hat, ergreift sich heute in einer Deutschenhass-Kampagne, die an die Rothermere-Presse erinnert. Alles, was Deutschland leide, habe es sich selbst und vor allen Dingen seiner „Unehrlichkeit“ zu verdanken.

Paris, 15. Mai.

Die Pariser Presse verzeichnet mit Genugtuung die Berichte über die Enttauschung, welche die Antworten Englands und Italiens in Berlin verursacht haben. Das „Journal“ spricht von der „Chreife, welche das Kabinett Euno erhalten hat“, der „Zeit Pariser“ von der „kalten Dusche für die deutschen Hoffnungen“, das „Echo de Paris“ und die übrigen Blätter von der „Aut (?) der Berliner Zeitungen“. Nach diesen Berichten soll die politische Stimmung in Deutschland schwer ergriffen sein, und Deutschland könne feststellen, „daß die ganze Welt seine provozierende und negative Haltung mißbilligt.“ („Journal.“) Diese übereinstimmenden tendenziös übertriebenen Meldungen haben zunächst den hier etwas unerwarteten Erfolg, daß die Front der Verbündeten plötzlich wieder einmal etwas fester erscheint, wenigstens nach außen hin. Am Sonntag hat der Vorsitzende der Finanzkommission Dariae eine Rede gehalten, die in politischen Kreisen viel besprochen wird, weil sie eine sehr deutliche Abgabe gegen die Allianz mit England enthält. Dariae, dessen Einfluß groß ist, warnte vor der Bemühung um „Allianzen, die mehr kosten als sie einbringen.“ Frankreich brauche seine Vormundschaft; es sei groß genug, um seinen Weg selbst zu wählen, und habe keine Lust, „väterliche Ermahnungen“ anzuhören, die nicht immer im liebenswürdigen Ton vorgebracht werden.“ Während einige Zeitungen noch heute diese Rede in langen Artikeln besprechen und sich ernstlich fragen, ob dieser Angriff gegen den englischen Verbündeten mit Wasser und Wasser Weinemess erfolgt ist, kommen die Nachrichten aus Berlin über die Verstimmung gegen England.

Diese Wirkung ist bedauerlich, weil sie dazu dient, die wahre Situation zu verschleiern, die weit eher durch die Rede Dariae richtig gezeichnet wird. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten über die Antworten waren in der vergangenen Woche sehr groß, und Belgien hatte, wie gestern nach guten Informationen hier mitgeteilt wurde, durchaus nicht in allen Punkten die französischen Ansichten geteilt.

Die englisch-russische Spannung.

Zur heutigen Unterhausdebatte.

von
Dr. Max Jordan.

Seit dem Vollzug des Todesurteils an dem Prälaten Budziewicz, das vor etwa einem Monat vollzogen wurde, haben die Beziehungen zwischen der englischen und der russischen Regierung eine erhebliche Verschärfung erfahren. Im Grunde hat man es mit einer neuen Phase der weittragenden Auseinandersetzung um die Behauptung der englischen Weltmachtstellung zu tun, die fast schon seit drei Jahren die englischen und die russischen Politiker in Atem hält. Als Krassin das bekannte Handelsabkommen mit England abschloß, das als de facto-Anerkennung der Sowjetregierung durch England bewertet werden mußte, schien zum erstenmal die Blockade, die die alliierten Mächte aus einem instabilitätigen Wiberwillen gegen das bolschewistische Regime über den russischen Koloz zu verhängen versucht hatten, durchbrochen. Es waren damals nicht allein handelspolitische Beweggründe, die Englands Entscheidung beeinflussten hatten, denn die zu jener Zeit noch bestonte Rußlandfeindschaft Frankreichs hätte als Gegengewicht ausgereicht, um solche rein ökonomischen Erwägungen beiseite stellen zu lassen. Viel größere Befürchtungen empfand man in London über die intensive Propaganda der dritten Internationale im Orient. Die Erinnerung an jene Zusammenhänge verlegt uns zurück in die zweite Periode des griechisch-türkischen Krieges, als England noch als der Protektor Griechenlands gelten konnte. Die mit Rußland verbündeten Türken nahmen gern die Gelegenheit wahr, die ihnen auf dem Wege über Moskau geboten wurde, um die englische Position im nahen und mittleren Osten zu schwächen. Einowjens propagandistische Direktiven bewirkten innerhalb kürzester Frist das Aufkommen kleinerer und größerer Unruhen innerhalb der gesamten britischen Interessensphäre im Orient, so daß man in London es doch für ratsam hielt, die Sowjetmacht nicht mehr nach den bis dahin beliebten Methoden als quantität negligee zu behandeln, sondern eine rasche Rußlandwendung zu ziehen aus dem bekannten Worte Napoleons I., daß Rußland von allen Mächten am meisten zu fürchten sei. Der Handelsvertrag mit Krassin sollte ein Ventil darbieten. In der Präliminarbedingungen verpflichteten sich die beiden Regierungen zur Einstellung jeglicher feindsüchtigen Agitation gegen die bestehende Ordnung in beiden Ländern.

Der phylogologisch tief wurzelnde Gegensatz zwischen den Staatsystemen Englands und Rußlands schien so bis auf weiteres durch ein praktisches Kompromiß ausgeglichen. Daß der Ausgleich nur ein scheinbarer war, wurde indessen mehrfach in letzter Zeit deutlich, als immer wieder in fast regelmäßigen Zeitabständen das britische Auswärtige Amt sich veranlaßt sah, in Moskau Besuche zu erheben gegen eine angebliche vertragswidrige Propagandatätigkeit der Bolschewisten in Indien, Afghanistan und Persien. Es ist eine seit langer überlieferte Tatsache, die Bismarck mit den Worten formuliert hat: „Foreign influence wird in England nicht geduldet.“ Dieses Prinzip mußte mit allem Nachdruck Rußland gegenüber geltend gemacht werden, immer dann, wenn von Moskau aus neue Versuche unternommen wurden den Kampf- und Aufstrebenswillen der orientalischen Völker zu stärken. Darum erwies sich das Kompromiß, das Krassin vereinbart hatte, auf die Dauer als recht sadenständig. Das Bestreben der russischen Regierung war planmäßig darauf ausgegangen, die de facto-Anerkennung durch England in eine de jure-Anerkennung umzumandeln. Die Hoffnung, daß dieses Ziel innerhalb kurzer Frist zu erreichen sein werde, erlosch sich endlich und zweifelhaft angesichts des englischen Wundjes, sich endgültig und zweifelhaft von dem Druck der russischen Orientpropaganda zu befreien, die das Bündnis zwischen Moskau und London in sich beschloß. So etwa standen die Dinge vor dem entscheidenden Sieg der Türken an der anatolischen Front. Als man sich dann in Lausanne zur ersten Orientkonferenz zusammenfand, erwies sich aber, daß der große Streit um die Herrschaft über die Meerengen die faum angenehme britisch-russische Freundschaft schon wieder erheblich getrübt hatte. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern waren in der Zwischenzeit sehr stark ausgebaut worden — an dieser Stelle wurde in anderem Zusammenhang einmal auf den Vorprung hingewiesen, den der englische selbst vor dem deutschen Handel in Rußland gewonnen hatte — und es schien, als ob das Interesse der Londoner Geschäftsleute politische Erwägungen am Ende überstehen könnte. Doch Moskau ließ plötzlich ein Schlaglicht auf die Situation fallen durch die Verwerfung des Urarhaut-Vertrages. Das war am 7. Oktober letzten Jahres. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie Mr. Urarhaut, mit dem ablehnenden Bescheid der russischen Handelsvertretung in der Tasche, Berlin verließ, aber doch die zuverlässigste Hoffnung mitnahm, es werde vielleicht nach wenigen Wochen schon in London eine günstige Atmosphäre für Rußlands de jure-Anerkennung zu schaffen und damit die Ratifikation seines Konzeptionsvertrages beim Räte der Volkskommissare doch noch durchzuführen sein.

Seidem ist ein halbes Jahr verlossen. Die Weiterentwicklung ging nach ganz anderer Richtung, als man damals erwartet hatte. Heute wird das englische Unterhaus sich mit der ultimativen Note der englischen Regierung an Rußland zu befassen haben, die am 8. Mai in Moskau übergeben und im ersten Augenblick als Signal zum Abbruch der faum aufgenommenen Beziehungen zwischen England und Rußland betrachtet wurde. Verschiedene Vorfälle der letzten Zeit geben die äußere Veranlassung zu diesem schwerwiegenden Schritte Lord Curzons. Die Russen hatten Anfang April durch eines ihrer Kanonenboote einen englischen Fischdampfer beschlagnahmen lassen. Die Folge war

Besezung der Badischen Anilin- und der Höchster Farbwerte.

Neue französische Gewalttate.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt a. M., 15. Mai.

Die Franzosen haben in der letzten Nacht weitere Besezungen vorgenommen. In den frühen Morgenstunden wurden die Höchster Farbwerte militärisch besetzt und der gesamten Arbeiterschaft das Betreten des Werkes verwehrt. Über die Stadt wurde der verschärfte Besezungsstand verhängt. Gestern abend erstlichen eine französische Abordnung auf den Farbwerten und ersuchte um Auslieferung von fünf Personenautomobilen, was von der Werksverwaltung verweigert wurde. Daraufhin wurde schon in der Nacht die gesamte Fabrikanlage von Militär umzingelt, dann beim Morgengrauen das Werk besetzt. Unter die Arbeiterschaft wurden von den Franzosen Flugblätter verteilt, die die Industrieleitung der Sabotage beschuldigten. Die Arbeiter wurden aufgefordert, der Stinnes-Gruppe in Zukunft keine Gehorsamkeit mehr zu leisten. Natürlich ging die Arbeiterschaft auf derartige Provokationen nicht ein.

Über die Gründe der Besezung der großen chemischen Industrie werke wird offiziell von den Franzosen erklärt, daß die Franzosen aus militärische Vorräte beschlagnahmen werden, weil sie von der deutschen Regierung nicht das Quantum an chemischen Produkten erhielten, auf das sie glauben Anspruch zu haben.

Der Landrat des Kreises Höchst, Zimmermann, wurde von den Franzosen für abgesetzt erklärt und durch den Separatisten Dr. Kindrichs ersetzt, der von den Franzosen schon seit Jahren als Landrat gewünscht worden ist.

Außer den Höchster Farbwerten haben die Franzosen heute morgen auch die Badische Anilin- und Soda-Fabrik in Mannheim-Ludwigshafen besetzt, sowie in Urdingen die chemischen Werke Weiler ter Meer. Auch bei dem badischen Werk wurden die Arbeiter am Betreten des Werkes verhindert.

In Frankfurt am Main werden überall Gerüchte verbreitet, daß in Höchst schon die rheinische Republik ausgerufen worden sei. Anlaß hierzu war wohl die Besezung des Landrats und die Ernennung Kindrichs. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, ent-

sprechen diese Gerüchte aber nicht den Tatsachen. Von französischer Seite sucht man allerdings in der Besezung die Meinung zu verbreiten, daß ein solcher Umsturz nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Aber das wird von der Bevölkerung im besetzten Gebiet nur als eine Mahnung aufgefaßt, die Augen offen zu halten.

In Mannheim haben die Franzosen das Rheinische Rheinkohlenhandlats sowie das Lager der Anthrazitkohlen, Kohlen- und Holzwerke besetzt. Gestern beschlagnahmten sie das Lager von Hugo Stinnes in Rheinauhafen, wo fremde Arbeiter mit den Arbeiter beschäftigt wurden, während den Arbeitern des Werkes selbst der Zutritt nicht erlaubt wurde.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wurde heute morgen um vier Uhr Limburg über rasch von den Franzosen besetzt. In der Stadt sollen Hausdurchsuchungen vorgenommen werden. Der Ingerkehr in das unbesetzte Gebiet, also nach Frankfurt a. M. ist eingestellt. Soldaten zogen in das Postamt und den Bahnhof ein und verjagten die Beamten. Die Absperrung wird sehr streng gehandhabt. Jeder telefonische oder telegraphische Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet ist unterbunden.

Der König von Schweden von den Franzosen in Offenburg verhaftet.

Der frühere Großherzog von Baden gleichfalls festgehalten.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt a. M., 15. Mai.

Der „Mannheimer Generalanzeiger“ meldet: Anlässlich der Beerdigung der Großherzogin Luise von Baden fuhr der König von Schweden und der frühere Großherzog von Baden durch Offenburg. Dort wurden sie von der französischen Besatzung angehalten und zur Kommandantur geführt, wo sie vom Kommandanten, Oberstleutnant Caspau, eine Stunde verhöört und gefangen gehalten wurden, bis es schließlich der Einsprache des Königs von Schweden gelang, die Freiheit wieder zu erhalten. Der französische Kommandant Caspau hat Offenburg verlassen und wird vermutlich nicht auf seinen Posten zurückkehren. Da die Festnahme des Königs von Schweden eine schwere Verletzung seiner Souveränitätsrechte bedeutet, wird der Vorfalle noch ein diplomatisches Nachspiel haben.

Die Entsendung eines britischen Kreuzers an die Murmanküste, um die Reuter erklärte, die englischen Fischdampfer gegen russische Angriffe zu schützen. Das kurz zuvor verhängte Todesurteil gegen Budewicz hatte zu einem Notenwechsel zwischen dem Moskauer Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten und der dortigen britischen Mission geführt, in dessen Mittelpunkt ein englischer Protest gegen die Verfolgung der Kirche durch die Bolschewiken stand. Die Russen hatten sich jede Einmischung verboten und ihren Standpunkt in zwei Briefen an den Leiter der britischen Mission in Moskau dargelegt, die sich nicht gerade dazu eigneten, in Downingstreet an den Spiegel gesteckt zu werden. „Decies repetita placebit“ dachte sich wohl Herr Fisher. Doch Curzon holte alsbald zum Gegenhieb aus und gab dem britischen Vertreter in Moskau die Anweisung, mit der ganzen britischen Mission nach London zurückzukehren, falls seine befriedigende Regelung gewährleistet erschiene. Die Festnahme des englischen Küstlers in den russischen Territorialgewässern gab dann Veranlassung zu einem Notenwechsel, der sich um die britische Forderung an Russland drehte, eine Drei-Meilen-Grenze in den Territorialgewässern anzuerkennen. England hatte seinen Standpunkt in der Note vom 28. April dargelegt, und Lihonow antwortete am 9. Mai mit einem in verständlicher Zone gehaltenen Schreiben, in welchem die Erklärung abgegeben wurde, die russische Regierung lehne es nicht ab, die Frage der Territorialgewässer einer Konferenz vor daran interessierten Mächte zu unterbreiten, obgleich sie der Meinung sei, die Schutzkraft der modernen Geschütze rechtfertige eine Zwölfmeilenzone. Kurz nach der Ueberreichung dieser Antwort traf die Nachricht ein, daß die verhasste Belagerung des Fischerfutters freigegeben worden sei. Der unmittelbare Effekt dieser Nachricht war das, vielleicht schon vorher fertiggestellte, Ultimatum, in dem mit zehnjähriger Befristung die folgenden drei Forderungen gestellt wurden: 1. Unverzügliche Einstellung der bolschewistischen Propaganda im Orient. 2. Anerkennung der Schadenerschaft für die geschädigten britischen Bürger und die Eigentümer der beschlagnahmten englischen Schiffe durch die Sowjetregierung. 3. Zurückziehung der verletzenden Antwort auf den englischen Protest gegen die Erschießung Budewicz.

Trotz der scharfen Fassung dieses Dokumentes hat Russland vorgerufen in London eine zweite Antwortnote überreichen lassen, die nach dem Eingangsdatum des „Evening Standard“ ein „überausdehntes höfliches Dokument“ ist. Die Note gibt sich einer eingehend begründeten Widerlegung der englischen Vorwürfe und nach Zurückweisung des Verwechs, die russische Souveränität anzuerkennen, in dem wiederholten Vorschlag, eine Konferenz zur Entscheidung des Streits wegen der Territorialgewässer einzuberufen. Krassin ist gestern abend in London eingetroffen, um sich dort persönlich um eine Vereinigung des Konflikts zu bemühen. Die englische Arbeiterpartei und die Unabhängigen Liberalen haben vom Augenblick der Abfindung des Ultimatum an scharfe Opposition gegen die Regierung Bonar Law angelegt, mit der Begründung, daß jeder Bruch der Handelsbeziehungen zu Russland die Wiederbelebung des internationalen Handels ernstlich schädigen müsse. Es wird sich nun im Verlauf der heutigen Debatte erweisen, ob Lord Curzon geneigt ist, dieser Kritik Rechnung zu tragen und die russische Verhandlungsbereitschaft als Brücke zur Wiederherstellung friedlicher Beziehungen mit Moskau zu benutzen. Die Interessen beider Länder sind im Grunde zu sehr ineinander verflochten, als daß diese Verflechtung von dem einen oder dem anderen Partner missachtet werden könnte, und in London wird man sich mit dem König in Schillers „Demetrius“ schließlich sagen müssen, daß „Russland nur durch Russland überwinden wird.“

Morgen nachmittags findet in Berlin im Gebäude der russischen Botschaft eine Trauerfeier für den in Kaufmanns erwiderten Sowjetdelegierten Boronoffi statt. Die Leiche, die über Berlin nach Moskau geführt wird, soll am Mittwoch früh hier eintreffen. Nach der Trauerfeier erfolgt um 6 Uhr unter dem Geleit der hiesigen Botschaftsbeamten die Ueberführung nach dem Schießplatz Böhnhof. Die Kommunisten haben aus Mangel der Trauerfeier ihre Mitglieder aufgerufen, sich morgen nachmittags um 6 1/2 Uhr im Lustgarten zu versammeln, wo der Leichenzug vorbeizoomen

wird. Die Berliner Kommunisten wollen dann dem Kondukt das Trauergeleit bis zum Bahnhof geben.

Russlands entgegenkommende Antwort. Kabinettsberatung in London. — Ausblick auf Verhandlungen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 15. Mai.
Die Beziehungen zu Russland stehen heute im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die russische Antwort ist eingetroffen. Sie ist, wie fast von allen Mätern zugegeben wird, in einer auffallend verständlichen Sprache abgefaßt, die sich sehr von dem Tone unterscheidet, die die Sowjetregierung sonst anzuschlagen pflegt. Im einzelnen stelle die Note fest, daß die beschlagnahmten englischen Schiffe als freit zu betrachten seien. Sie bieten Schadenersatz für die erlittenen Vermögensverluste englischer Staatsbürger an, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. Sie erkennen ferner an, daß die Sprache des russischen Sowjetbeamten Bainsin gegenüber dem englischen Vertreter in Moskau „unangehörig“ gewesen sei und schlagen eine Konferenz zur Regelung der Streitigkeiten über die territorialen Gewässer vor. Zugleich stelle die Note die bolschewistische antienglische Propaganda in Abrede. Wie der „Daily Express“ erzählt, hat ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz Lord Curzons die Note in der vergangenen Nacht geprüft. Obwohl der Kabinettsrat diese Note nicht voll befriedigend gefunden habe, so ist er doch der Ansicht, daß die unerledigten Fragen in Verhandlungen mit Krassin, der heute Nacht in London eingetroffen ist, geregelt werden könnten. Die Gefahr des Abbruchs der Handelsbeziehungen hält man, nach dem „Daily Express“, nach der letzten Nacht für fernliegend. Es seien jedoch weitere Zusagen der Sowjetregierung nötig, dahingehend, daß sie sich der Angriffe auf Englands Staatsangehörige enthalten werde. Die Haltung der Presse gegenüber der russischen Note ist geteilt. „Daily News“, „Westminster Gazette“, „Daily Chronicle“ und natürlich auch der „Daily Herald“ treten sehr energisch gegen den Abbruch der Beziehungen mit Russland ein. Nach dem „Daily News“ bietet die russische Note sogar Kritik, die Beziehungen zu Russland auf einer ganz neuen Basis zu regeln. Es versteht sich, daß die „Morning Post“ und die „Daily Mail“ nach wie vor unüberwindlich sind. Auch die „Times“ und der „Daily Telegraph“ sind gegen jedes Zugeständnis an die Sowjetregierung. Nach den „Times“ hat das Handelsabkommen völlig verfehlt. Es habe zu keinem Handel mit Russland geführt. (?) Die „Times“ glauben sogar, daß der Bruch mit der Sowjetregierung die Beziehungen zwischen England und Russland nur verbessern werde. Die Antwortnote der Russen halten die „Times“ für eine neue Beleidigung. Sogar gibt der „Daily Telegraph“ an, daß die russische Note sich im Ton sehr von allen vorherigen unterscheidet. Trotzdem hofft das Blatt, daß die Regierung die Beziehungen mit Russland abbrechen werde, durch die sich der größte Teil des englischen Volkes „erniedrigt“ fühle. Auf keinen Fall will der „Daily Telegraph“ etwas von einer Konferenz wissen. Eine solche bedeute nur eine weitere Anerkennung der Sowjetregierung. Nach den Erfahrungen, die England mit der Sowjetdiplomatie gemacht habe, sei der Gedanke einer Konferenz ohne jede praktische Bedeutung.

Plötzliche Kabinettskrise in London? Aus innerpolitischen Gründen. — Unerwartete Rückkehr Bonar Laws. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 15. Mai.
Der Bestand des Kabinetts Bonar Law ist durch eine richterliche Entscheidung des Oberhauses gefährdet. Es erschien plötzlich fraglich, ob der Minister des Innern Bridgeman seinen Posten weiter beibehalten kann. Der Lebenslauf ist kurz dieser: Im Herbst des Jahres wurden 100 irische Revolutionäre auf Anordnung des Innenministers verhaftet und nach Irland deportiert, da sie angeblich Komplote gegen die Sicherheit Englands vorbereiteten. Der mitverhaftete O'Brien appellierte gegen seine Festnahme vor dem Zivilgericht, das zu seinen Gunsten entschied. Gegen dieses Urteil hat aber der Minister des Innern vor dem House of Lords

appelliert, das sich gestern in dieser Angelegenheit für ungenügend erklärt. Diese Entscheidung hat große Unruhe im Parlament hervorgerufen, und es wurde sofort ein Kabinettsrat einberufen. Es vertrat der Minister des Innern bereits seine Entlassung eingereicht habe. „Westminster Gazette“ erklärt, daß die sofortige Entlassung der irischen Deportierten in Erwägung gezogen werde. Es müßten fernere Schritte unternommen werden, um den Minister des Innern vor der Schadenersatzfrage der Verhafteten zu schützen. Eine dahin zielende „Indemnity Bill“ soll sofort nach dem Kabinettsrat beantragt werden. Nach der „Daily Mail“ soll die Aufregung im Unterhaus dadurch noch vergrößert worden sein, daß Bonar Law nach einer Kabinettsberatung bereits seine Kandidatur angetreten habe und sich auf dem Wege nach London befinde. Bonar Law wurde ursprünglich erst nach Beendigung der Pflanzferien zurückberufen.

Italienische Hoffnungen und Befürchtungen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 15. Mai.
Die italienische Presse stimmt im allgemeinen den beiden Noten zu und hofft, daß die Lösung der Reparationsfrage damit nähergerückt sei. „Corriere d'Italia“ sagt, Italien könne bei seiner präferierten Lage nicht weitergeben, falls nicht seine Schuldenlast gegenüber den Alliierten vermindert werde. Hoffentlich werde die italienische Note dazu beitragen, Deutschland „über die Wirtschaft der Dinge die Augen zu öffnen“, damit endlich das europäische Wirtschaftssystem seine Lösung finde. Die „Tribuna“ weist gleichfalls, wie dies auch der Finanzminister in seiner gestrigen Rede tat, auf die unzulässige Verknüpfung der Schuldenfrage mit der Reparationsfrage hin. Die italienische Regierung wolle trotzdem Deutschland möglichst entgegenkommen. Hätte man das italienische Projekt angenommen und durchgeführt, so wäre Europa ohne blutige Epochen über den Berg gekommen und die Entente wäre nicht gespalten. „Mondo“ lobt den Gerechtigkeitsinstinkt und die Friedensliebe der englischen und der italienischen Note und hofft, „diese nicht nur an Deutschland, sondern auch an die Alliierten gerichteten Gemächlichkeiten und von gesundem Wirklichkeitsgefühl durchdrungenen Noten“ würden in Berlin eine günstige Aufnahme finden, jedoch neue deutsche Vorschläge ein neues Erstarren der bereits über den toten Punkt hinweggekommenen Lage verhindern. „Idea Nazionale“ freut sich, daß die jähren französischen Intrigen, die England über Italiens wahre Politik täuschen und ihm eine angelegentlich unaufrichtig italienisch-französische Solidarität vortäuseln, völlig gescheitert seien. (?) In London sei man heute über die wahren Absichten Italiens völlig aufgeklärt und nichts stehe einer hoffentlich dauernden und energischen gemeinsamen Aktion Italiens und Englands entgegen. Bestimmlich äußert sich die „Epoca“, die seinen baldigen Frieden voraussetzt; dem Frankreich sehr täglich mehr den Erobererwillen heraus und selbst, wenn Deutschland die von Bonar Law vorgeschlagenen fünfzig Milliarden bezahle und dafür die Ruhr räumung beanspruche, würde Frankreich ablehnen. Denn Frankreich wolle die Ruhr und die europäische Hegemonie.

Die Saarparteien gegen die Rotverordnung. „Das Saargebiet ein Sklavenstaat.“ (Telegramm.)

Saarbrücken, 15. Mai. (W. F. B.)
In der heutigen Sitzung des Landestags gab sämtliche Parteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der gegen die sogenannte Rotverordnung der Regierungskommission und gegen die am 2. Mai erläßene Einschränkung des Streikpostens in der entscheidendsten Weise protestiert wird. In der Erklärung wird die Regierungskommission vor der Welt angeklagt, daß sie ihre vornehmste, durch den Versailles Vertrag gesetzte Aufgabe, für die Wohlthat der Saarbewohner zu sorgen, wiederum in einer unerhörten Weise verlegt habe. Sie mache die Bevölkerung zum Gegenstand ihrer einseitigen politischen Vorflebrungen, und das Saargebiet, das einzige der Ohbit des Völkerverbundes amtrante Land, zu einem Sklavenstaat. Als Protest gegen die Verordnungen der Regierungskommission lehnt es der Landestat ab, heute eine Sitzung abzuhalten.

Spanischer Glanz.

Von Alfred Kerr. (Rechtlich verboten.)
Sier und Hahn.

I. Sevilla, Frühling 1923.
Zwei Schwarzjammten grüßen vor dem Königsaltan zu Pferd. Hernach kommen sie, alle.
Bangenreiter mit weißen Hüten, roten Buscheln galoppieren in den Kampfgrün. Die meisten haben jedoch schreiben zu Fuß: farbige, feiden, grünlich, rotgold. Das Paar in Hüpfen. . . Wer ist das? Dieser Fußgänger trägt eine feidenblaue Hose, ganz kurz; eine Goldgäbe, ganz kurz. . . Das ist der Würdiger; der Epdada; der Endschladter.
II.
Das Lor auf; der Stier. Herein rast er, guckt sich um, geht gleich auf das rote Tuch und —
Und entläuft vor dem roten Tuch. Ja, er flieht. . . Sie zanzeln vor ihm, necken und wirren ihn mit dem Tuch, in Kurzwendungen, eigelwandt, demüßte Wisterte.
Der Stier denkt: es scheint ein Spiel. . . Doch unheimlich ist ihm; guckt herum; weiß nicht recht. Auf der Weide geschah ihm das nie.
Er tötet, wie nebenbei, einen Schimmel. Fast zerkratzt, der ländliche Stier. Nur mit unauffälligen Kopfschlenk, doch dem Gaul der Bauch pliert, Eingeweid' herabhängt. Er selber blutet; der Bangenreiter macht sich aus dem Staube — worinnen er lag. Der Stier tödet, weiß er nichts zu tun weiß, ohne Ueberzeugung, heiligt, das zweite Pferd; großer Jubel.
Nein, das zweite Pferd ist nur bauchgewundet. (Sein Bauchloch wird mit Stroh zugestopft — daß es nochmals in die Arena gepöckelt werden kann.)
III.
Der Stier blüht erstauht. Verblüht. Die Hofe des einen Dicados schminnt in Blut. Das dritte Roß. Arme Pferdlein; halbtot; jagt nichts. . .
Der Stier wundert sich. Die bänderlichen Hien aber jetzt; grimmschwarze Stacheln (sie hab' von früher zwei zu haus). Und regt er den Kopf, rührt er sich nur, so zeigen sie ihm weße Fleischwunden. Sind mit farbigen Kräufern hüßlich bedekt.
Ich dachte: der gute Stier; so schändlich. . . Und die anständigen, schweigenden Köpfer. Betragt; aber sie galoppieren ja schon. Und im Alter das noch zu erleben.
Der Stier steht ratlos. Er blüht um. Kennt stets wieder auf hies' rote Tuch. Das ist ein Zwang; sie müssen es. . . Jetzt aber;

jetzt geht er rückwärts. Ganz ohne Verstellung. Ohne Hohl. Da kriegt er noch vier bänderlichen, spißig, zwei hüßliche blaue, zwei schmutze gelbe, sein Blut strömt; die Hien. Weisfall für den Stöcher. Pfiffe für den (zu jaghaften) Stier.
IV.
Trompeten. Der im Goldhäfen mit feidenblauer Hofe tritt vor. Er wirft die Kappe weg.
Der Stier ist genug. . . bepackt. Die Goldgäbe neckt sich ein Weiden democh mit ihm. Nun — Todesloß?
Nein, der Degen steckt im Rücken, aber der Stier läuft weiter mit ihm. . . Der Blaugolbe zieht ihn den Degen raus. Dem Stier ist mehr als ihm. Roter Fluß übertrifft ihn. Er wird teilnahmlos.
Man zieht ihn demnach am Schwanz; ihn, mit der Sterbenswunde. Und immer erst beinahe ist er tot.
Nein, jetzt liegt er. — Geheiß (mehr als Gelächter; Urteilsverneinungen). . . Der blutige Stier wird vom geschändeten Maultiergepahn fortgeschickt. Der Loroer neigt sich. Ausgespiffen. (Die armen, anständigen Pferdlein! Eine Decke warf man über die Kadaver. Waren sie ganz tot?)
Die Hüfen voll Blut werden mit Sand zugestüllt.
V.
Der zweite Stier. Hüßlich. Viermächtig, gleich hinter dem Seiden-Rothsigen her — der über die Brüstung planken muß, mit knapper Rot. Haltunmüßgehehn.
Dieser Stier ist sehr wild. . . Und doch; er möchte weg — obwohl er so wild ist. Er läuft zum Lor zurück. Will raus. Da macht man ihn irr; alle. . . necken ihn mit roten Tüchern, Wendungen, Wirrungen. Die Weide wieder wollen nicht an den Stier; werden mit Roßhöfchen rangelieft. Wie das vor dem Stier zittert. Und er möchte doch auch nicht. . .
O Menschen, Menschen!
VI.
Der Stier, hffft, rufft; tut sich um; stellt irgendwie dumpf-betretten Ermittlungen an. Zwei Schimmel. Er sprengt mit ganz geringem Kopfschlenk ihren Leib, das mit herausausfließendem Gedärm ein Pferd plötzlich fünf Beine hat. Er triest selber.
Der Bangenreiter auch, der abgelenkt, dann wieder aufgesehen ist — weil der Bulle durch ein (schwarzes) und grünfeiden-gelühteres) Tuch spielend wuzugulien ist. Naturzwang? Wenn eines Tages ein Genie unter den Stieren drauf fass, sich von dem Zwang freizumachen. . . Edle Loroer. . .
VII.
Jetzt tröpfelt es. Zum ersten Mal im Kogen ein Stiergeheiß. Die Eintrittskarten für „sombra“, nämlich „Schatten“, kosten da bei mehr — in einem Sonnenland; jetzt ist alles „sombra“. . .

Da springen zwei Kerls aus dem Volk, Strafanzug, von ihrem Platz über die Schranken, dicht vor den Stier; bieten ihm Schach, bloß mit der grauen Jade; die Berufsämper schreiben ein; dulden es nicht; das wäre noch schöner; das Publikum aber will's; man soll begnadeten Anfängern freie Bahn lassen; Pfiffgeheul; beide gehen trotzdem ab; die Kampfleitung. . . die Dreffion. . .
Der Epdada sticht ihm jetzt den Degen hinein, hinter den Hals, fast ins Kreuz — doch er sitzt nicht.
Der Stier wird noch hilfloser. Man sagt sich: Gewiß, auch er geht im Freien auf Menschen — aber das hat er nicht verdient.
Er brüllt. Ich höre das nie. Ein hoher Ton. So viele gegen einen! Zweihunderttausend wider einen!
Lauft wieder weg. Weg. Weg. Stieft. Er schlägt mit dem Schwanz; schlägt mit dem Schwanz. . . Wo siehst er nicht, nur schraubend-gehelt. — arglos-verwundert-ländlich.
Vor dem roten Tuch kneift er schaudernd; hat genug. Von der Weide hat man ihn geholt. . . Singt „Weide, grüne Weide“. Die Loroer, jene, machen mit dem Tuch wieder Popler, verflöckend Popler. (Er denkt: Wenn das meine Mutter wüßte! . . . Auch Stiere denken das.) Er droht.
VIII.
Und jetzt kommt das Purdolare; er fedt die Hipper; er wendet sich ans Publikum. (Der Stier wendet sich ans Publikum.)
Er droht den Rücken zur Arena, nicht hinaus zu den Zuschauern, ob ihm keiner hilft. . .
Hilft ihm keiner. Sind alle voll Spannung. Zweihunderttausend Bestien.
IX.
Der Stier wird abermals geschlagen, der Degen fällt jedoch heraus. Er wird zum dritten Mal erfolglos geschoben, rennt herum, der Degen im Rücken, der Degen fallen und zittert im Lauf. Der Weidestier, toll vor Schmerz, zeigt alles das Hintersteil, geht ab, will, will, will nicht mehr. . .
Da wird er von freischem delöst. Ihn ist lob-ehend. Zerstreut rennt er wieder mal an. Er steht — hüßbedekt. Sie bauen ihm die Mäntel um die Ohren. Sein Hals ist. . . wie in einem Schickel-terladen.
Hier kommt wer. Jarbleuchtend. Ein neuer Degen; sitzt bis ans Heft. Der Stier. . . friert. (Der Stier friert.)
Mündigst. . . Er flieht wieder auf. Jubel! Es ist ein Todesaufpassen. Sie schlagen ihm die Mäntel zum gureinmal um die Ohren, die Luchner. Reiben soll es ihn. Der eine Loroer sticht ihn dieferhalb kielend ins Maul. . . sticht, sticht, sticht ins weide Maul.
Der Stier geht blutig, langsam an der Barriere lang. . . Er droht endlich aufzommen.

Politik - Wichtige Auseinandersetzungen.

Die Lausanner Konferenz gefährdet?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 15. Mai.

Der „Matin“ meldet aus Lausanne, daß die Spannung zwischen den Griechen und Türken sich sehr verschärft habe. Es wird sogar von einem „Theatercoup“ gesprochen, der die Konferenz ernstlich gefährde. Wenige Stunden vor dem Anbruch des griechischen Außenministers Alexandris suchte der griechische Botschafter auf und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Es wurde zunächst angenommen, daß die Delegierten Griechenlands und der Türkei sich über einige der noch schwebenden Punkte durch eine direkte Aussprache einigen wollten. Aber die Annahme ist durch eine offizielle Erklärung des griechischen Ministers widerlegt. Minister Alexandris hatte noch einmal alles gesagt, was die Griechen den Türken vorkommen, und dann geschwiegen. „Unsere Regierung hat in ihrem letzten Ministerium“ erklärt, daß Griechenland die Nachgiebigkeit nicht weiter treiben könne. Die Grenze der Opferwilligkeit kann nicht mehr weiter gezogen werden. Was wird sich dazu entschließen, den ungerechten Forderungen der Türkei Widerstand zu leisten. Wir haben geglaubt, daß es möglich und loyal wäre, wenn wir uns mit unseren Gegnern direkt verständigen versuchten, denn die ganzen Verhandlungen können nichts führen, solange nicht die wichtigste Frage der Kriegszustand beendigung geregelt ist.“ Diese Frage ist aber nach der Meinung des „Matin“ nicht so leicht zu regeln, da Griechenland überaupt nichts zahlen will, und da Bismarck auf diese Zahlung eine unerlässliche Bedingung macht. In deutlichem Zusammenhang mit dieser Frage teilt an einer anderen Stelle des Blattes der „Matin“ mit, daß der griechische Ministerpräsident Zorabachow eine Zeitlang in London weilte, gestern unverändert nach Paris zurückgekehrt sei. Zorabachow hat den Griechen das Geld für die Kühlung im letzten Krieg mit der Türkei gegeben, und der „Matin“ will offenbar durch die Betonung seiner Mühseligkeit Information einen besonders ernstlichen Charakter geben. Es wird daher gut sein, zu bemerken, daß der „Petit Parisien“, dessen Berichterstattung mit Venizelos und Alexandris gesprochen hat, erheblich weniger optimistisch ist. Alexandris hat zwar allerdings auch gesagt, daß Griechenland eine Kriegszustand für den zweiten Krieg nicht zahlen wolle, da es selbst keine Möglichkeit für den ersten Krieg erhalten habe. Aber er hat auch die Hoffnung ausgesprochen, daß Venizelos und Bismarck sich verständigen werden, da niemand in dieser Stunde einen Krieg wünsche.

Ueber die Beweggründe zu dem Attentat gegen Borowoff neigt man hier, auch in den Kreisen der russischen Emigranten, zu der Ansicht, daß die Schweizer Agenten mit der Tat in keinerlei Verbindung stehen. Conrad hat persönliche Gründe zu der Tat; es wird behauptet, daß sein Vater, sein Onkel und sein Vetter während der Revolution sein Leben gelassen haben. Seine Tante soll, nach der Erzählung seiner Frau, von Soldaten der Roten Armee im Jahre überfallen und getötet worden sein. Nach einer Erzählung des „Echo de Paris“, die aber von Russen bestätigt wird, soll Borowoff die Hinrichtung des Vaters Conrads selbst angeordnet haben. Es wird erzählt, daß Conrad mit russischen Emigranten in der Schweiz, besonders mit Anhängern Kerenski, in Verkehr gewesen sei. Seine Frau, eine Russin von großer Schönheit, hat von dem Vorhaben ihres Mannes nichts gewußt. Sie war am Abend vor der Abreise mit ihrem Gatten bei russischen Freunden. Um 10 Uhr verabschiedete sich Conrad unter dem Vorwand, daß er wichtige Geschäfte habe. Vierundzwanzig Stunden später erhielt seine Gattin die telegraphische Meldung, daß ihr Mann wegen der Mordtat in Lausanne verhaftet worden sei.

Unter dem Titel „Jugendrepublikanische Warte“ gibt Georg Belle eine Zeitschrift heraus, die der Verbreitung republikanischer Anschauungen gewidmet ist. Die uns vorliegende Nummer enthält unter anderem Artikel von Henning Duderstadt über „Das Fest der Maiten“, von Dr. Elisabeth Kogge über „Frau und Republik“. Die Zeitschrift, deren Verlag sich in Berlin, Lindenstraße 12, befindet, bringt auch regelmäßig die Mitteilungen des Republikanischen Jugendbundes Schwarz-rot-Gold.

Der dritte Stier wirft einen Tuchwedder hin. (Bevoogung.) Der Reiter lechtes liegen — steht hernach auf; geht davon. Schade. Der Erbsmann, Lichtbunt, empfindet auf Knien den Stier. (Das mag schwer sein. Ich, beispielhaft, hab' es noch nie versucht.) Wenn der Stier ganz nah ist, wird von dem Reiter die capata rote Tuch, rasch schneidend gedreht, gleich gibt der Stier eine Wendung dahin — während der Mann hinten bleibt. Drei mal nimmt er den Stier an. So weilt er ihn, hält und bewegt eine Weile das rote Tuch hinten. Besfallsgeleiteter.

Unterwegs sucht von den dolgenden Werden sterbend eins immer mit den Hinterbeinen. Der Stier ist wund; voll Blut. Er scharrt mit den Vorderfüßen. Er brüllt; jetzt in einem dunklen Ton. Als der Regen fällt, aber nicht tief genug, sucht er im Schmutz über die Schranke zu springen. Er geht nun rückwärts. Rückwärts bewegt er sich. Wie abweien. Der Gladiateur sticht ihn zur Aufmunterung ein bisschen mit dem Stuhl ins weiche Maul. ... Ich seh' dich ... Jetzt Gesichtung durch's Messer, von einer Art Schlächtergehilfen.

Und — Messerbewegung? Er steht nochmals auf ... Bald wälzt er sich im Todestampf. Zweiter Messer. An den Hörnern von Maulreihen rausgeschleift. (Ist er ganz alle?)

Zufuhrer werfen die Mähen hinab. Der Gladiateur, beim Siegesruhmzug, wirft sie zurück. Sand auf die Köpfe. Auf: „Hay carveza!“, (deutsch: Bier gefällig!)

Die corrida besteht aus sechs Gängen. Achtzehn tote Pferde; sechs tote Stiere. Das Stierfleisch essen die Armen. Reizendsteigliche Betrachtung für dies alle Römertpiel äußern hochstehende Spanier. Hochgestellte manchmal ... Die Behörde, kommt, der König ehrt ihre Beilustigung. Zweihundert Stierstabsantzen sind im Land.

Ein Spanier sagt mir in lächelndem Gese: „Ich mußte vor Jahren, lange bevor ich Volkshater wurde, mal antilich einem Stiergeheft beiwohnen — mit meinem damaligen Vorgesetzten, der halb blind war; ich gab für ihn das Zeichen zum Beginn der einzelnen Phasen, immer falsch, nur wurden schrecklich ausgepfiffen. ... Meine Frau lief nach dem ersten Gang davon ... Nie wieder!“ Die Schanzung nach einer Neugeburt geht heute durch Spanien. Neugeburt hin, Neugeburt her — der Stierkampf bleibt. Andalustien ist sein Mutterland.

Ueber einen Punkt komm' ich nicht weg: der Stier wird vom Reiter durch abgerichtete Ochsen auf den Todespfad gelockt. Eine Warteergemeinschaft ... Die abgerichtete Willenden in Schleswig-Völslein die Wandereuten schäbig in das Nordney loden. Ihre

Der neue Paßzwang an Rhein und Ruhr.

Schlußlose Bestimmungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Im Ruhrgebiet, 15. Mai.

Das Besatzungsamt in Dortmund veröffentlicht auf Grund einer französischen Zustellung vom 14. d. M. in den heutigen Zeitungen neue Paßbestimmungen der französischen Besatzungsbehörde für das besetzte Ruhrgebiet. Sie sind bekannt. Erwähnenswert ist noch, daß in dringenden Fällen die den Besuch aus dem unbesetzten Gebiet empfangende Person den Antrag für dieses Gebiet an den französischen Positionskommandeur vorlegen kann. Der Antrag um einen „Geldbrief“ muß enthalten: Ziel der Reise, den Tag des Aufgangs und Ende des Aufenthalts im besetzten Gebiet, die Uebergangsstellen des Reisenden bei dem Eintritt oder Austritt aus dem besetzten Gebiet sowie die Fahrstrecke, Namen oder Adressen der Person, zu welcher sich der Reisende begibt, oder solcher Personen, die begleitet sind, Referenzen zu geben, Personalausweis, Wohnungsausweis, zwei Photographien, Fremdenpaß für das Antwortschreiben und 2000 M. als Gebühre müssen beigelegt werden. Für die Bewohner des besetzten Gebietes ist ein besonderer Stempel, den sie sich bei dem ihrem Wohnort zunächst befindlichen Paßkommandanten zu holen haben, notwendig.

Sehr merkwürdig ist der folgende Zusatz des Besatzungsamtes zu der Verordnung: „Die deutschen Behörden werden vorläufig an der Beschaffung dieses Ausweises nicht mit, da die Regierung zu dieser französischen Bestimmung noch keine Stellung genommen und die Einrichtung einer Gebühr für den angezogenen Geldbrief bei Strafe verboten hat.“ Im Laufe des heutigen Morgens ist nun aus Berlin an das hiesige Besatzungsamt die Mitteilung gelangt, daß es der Einwohnererklärung überlassen bleibt, wie sie sich zu dem neuen französischen Paßbefehl stellt. Die Entscheidung der Regierung in Bezug auf die Bestimmungen, welche nicht direkt die Einwohnererklärungen betreffen, wird heute nachmittag eintreffen. Die französischen Bestimmungen sind bereits seit acht Tagen bekannt. Es waren den zuständigen Stellen in Berlin nicht schwer gefallen, rechtzeitig mitzuteilen, welchen Standpunkt sie einnahmen. Dadurch wäre der schon genügend schwer geprüften Geschäftsleitern des Ruhrgebiets viel Unsicherheit und zum Teil auch falsche Dispositionen erspart geblieben.

Wien, 15. Mai.

Gegenüber den übertriebenen Gerüchten von der Einführung der neuen Einreisebestimmungen in das Eintrichs- und altsächsische Gebiet ist festzustellen, daß die Besatzungsbehörden nicht weniger zur praktischen Handhabung der neuen Verordnungen geschritten sind. Bekanntlich sollten die Bestimmungen in der Nacht vom 14. zum 15. Mai zum ersten Male in Funktion treten. In dem betreffenden Zug von Berlin nach Wien wurde die Kontrolle wie gewöhnlich ausgeübt. Es dürfte noch einige Zeit vergehen, ehe die neuen Bestimmungen in die Praxis umgesetzt werden können.

Gelsenkirchener Befehl.

Ankündigung „dauernder“ Besetzung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Im Ruhrgebiet, 15. Mai.

Heute morgen erschienen drei Offiziere in Begleitung von zwanzig Mann Infanterie beim Oberbürgermeister in Gelsenkirchen. Die Offiziere erklärten dem Oberbürgermeister, daß die Stadt Gelsenkirchen nunmehr auch eine **stärkere und dauernde Besetzung** erhalte. Es würden drei Bataillone nach Gelsenkirchen gelegt und zwar ein Bataillon sofort, dem unmittelbar die anderen folgen werden. Das erste Bataillon werde auf dem Flugplatz, ein zweites im Stadtteil Bismard und ein drittes in der inneren Stadt, und zwar in der Nähe des Hauptbahnhofes untergebracht werden. Auch die Besetzung des Bahnhofs Schalkbe bei Gelsenkirchen durch die Franzosen ist geplant.

Der belgische Kommandant General Beauvais hat eine Verordnung erlassen, laut welcher den Militärbehörden das Recht zugesprochen soll, die Schaufenster und Läden zum Anschlag aller Bekanntmachungen in Anspruch zu nehmen. Der dritte Stier wirft einen Tuchwedder hin. (Bevoogung.) Der Reiter lechtes liegen — steht hernach auf; geht davon. Schade. Der Erbsmann, Lichtbunt, empfindet auf Knien den Stier. (Das mag schwer sein. Ich, beispielhaft, hab' es noch nie versucht.) Wenn der Stier ganz nah ist, wird von dem Reiter die capata rote Tuch, rasch schneidend gedreht, gleich gibt der Stier eine Wendung dahin — während der Mann hinten bleibt. Drei mal nimmt er den Stier an. So weilt er ihn, hält und bewegt eine Weile das rote Tuch hinten. Besfallsgeleiteter.

Unterwegs sucht von den dolgenden Werden sterbend eins immer mit den Hinterbeinen. Der Stier ist wund; voll Blut. Er scharrt mit den Vorderfüßen. Er brüllt; jetzt in einem dunklen Ton. Als der Regen fällt, aber nicht tief genug, sucht er im Schmutz über die Schranke zu springen. Er geht nun rückwärts. Rückwärts bewegt er sich. Wie abweien. Der Gladiateur sticht ihn zur Aufmunterung ein bisschen mit dem Stuhl ins weiche Maul. ... Ich seh' dich ... Jetzt Gesichtung durch's Messer, von einer Art Schlächtergehilfen.

Und — Messerbewegung? Er steht nochmals auf ... Bald wälzt er sich im Todestampf. Zweiter Messer. An den Hörnern von Maulreihen rausgeschleift. (Ist er ganz alle?)

Zufuhrer werfen die Mähen hinab. Der Gladiateur, beim Siegesruhmzug, wirft sie zurück. Sand auf die Köpfe. Auf: „Hay carveza!“, (deutsch: Bier gefällig!)

Die corrida besteht aus sechs Gängen. Achtzehn tote Pferde; sechs tote Stiere. Das Stierfleisch essen die Armen. Reizendsteigliche Betrachtung für dies alle Römertpiel äußern hochstehende Spanier. Hochgestellte manchmal ... Die Behörde, kommt, der König ehrt ihre Beilustigung. Zweihundert Stierstabsantzen sind im Land.

Ein Spanier sagt mir in lächelndem Gese: „Ich mußte vor Jahren, lange bevor ich Volkshater wurde, mal antilich einem Stiergeheft beiwohnen — mit meinem damaligen Vorgesetzten, der halb blind war; ich gab für ihn das Zeichen zum Beginn der einzelnen Phasen, immer falsch, nur wurden schrecklich ausgepfiffen. ... Meine Frau lief nach dem ersten Gang davon ... Nie wieder!“ Die Schanzung nach einer Neugeburt geht heute durch Spanien. Neugeburt hin, Neugeburt her — der Stierkampf bleibt. Andalustien ist sein Mutterland.

Ueber einen Punkt komm' ich nicht weg: der Stier wird vom Reiter durch abgerichtete Ochsen auf den Todespfad gelockt. Eine Warteergemeinschaft ... Die abgerichtete Willenden in Schleswig-Völslein die Wandereuten schäbig in das Nordney loden. Ihre

nehmen. Gegen diese Verordnung hat der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberregierungsrat Lutterbed, in einem Schreiben an den General protestiert. Er beklagt darin, daß die Besatzungsbehörde zum Erlaß einer derartigen Verordnung berechtigt ist, die einen Eingriff in das Privateigentum bedeutet, und die mit dem Unterhalt und der Sicherheit der Besatzungsstuffer in keiner Weise begründet sei. Die Verordnung könne deutscherseits als für deutsche Untertanen und die deutschen Behörden als rechtsverbindlich nicht angesehen werden.

Jeanne-d'Arc-Feier in Düsseldorf.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Düsseldorf, 15. Mai.

Hier wurde gestern die Jeanne-d'Arc-Feier mit großem kirchlichen und militärischen Gepränge begangen. Den Höhepunkt der Feier bildete ein Kontifilament im Hofgarten unter freiem Himmel. Ein in rotem Saum gehaltener Thron war für den französischen Armeebischof errichtet. Auf den Stühlen hatten unter anderen der Oberkommandierende der Rheinarmee, Legation, acht Generale, die Städte und die ersten Beamten der Besatzungsbehörden Platz genommen. In freiem Geheiß zu dieser Feier steht die Tatsache, daß unweit von dem Altar sich das Gefängnis befindet, in dem die Direktoren der Krupp-Werke eingesperrt sind.

Paris, 15. Mai.

Die französische Regierung hat bisher über das enklische Urteil von Werden noch kein Wort gesagt. Auch die französische Presse verhält sich von wenigen gemeldeten Ausnahmen abgesehen, in ihrem verlegenen Schweigen. Nur Robert de Jouvenel macht heute dem Abolaten Bonicars darauf aufmerksam, daß die Richter gegen Krupp v. Bohlen und einige Direktoren eine Strafe verhängt haben, die es nach französischen Gesetzen nicht gibt. Nach Artikel 40 des Strafgesetzbuches darf eine Gefängnisstrafe im mildsten Falle sechs Tage, in keinem Falle aber mehr als sechs Jahre betragen. Auch das militärische Strafrecht hat diesen Artikel aufgenommen; es bestrafte im § 194 ausdrücklich die erwähnte Bestimmung des Strafgesetzbuches. „Das Land wird es nicht gerechtfertigen“, schreibt de Jouvenel, „daß ein reiches Volk, das für das Recht gekämpft hat, dem Besiegten Unrecht zufügt.“ Das mag gut gemeint sein, aber fünf Jahre wären in diesem Falle ebenso ungerecht wie 15 Jahre. Die Richter von Werden haben auf Befehl nicht Recht, sondern Macht gesprochen. Diese Schande wird von dem siegreichen Frankreich nicht genommen werden.

Die bayerische Ausnahmeverordnung.

Debatte im bayerischen Haushaltsauschuß.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 15. Mai.

Im bayerischen Haushaltsauschuß fand heute vormittag die Aussprache der Parteien über das bayerische Rotverordnungsdekret statt, die bekanntlich ohne Zutun und ohne Bestätigung des Landtages zustande gekommen ist. Ministerpräsident Dr. v. Arnim begründete die Notwendigkeit der Verordnung und führte aus: Er befürchte es, daß die Reichsregierung die wiederholten Anträge der bayerischen Regierung, Mittel und Maßnahmen für die Bewämpfung landesverräterlicher Intrigue im besetzten Gebiete zu genehigen, nicht befolgt habe. Die bayerische Regierung habe deshalb im § 1 ihrer Rotverordnung dem Landesverrat in Kriegszeiten eine gleichartige Bestimmung gegen den Landesverrat in Zeiten feindlicher Besetzung an die Seite gestellt. Es wäre zu begrüßen, wenn die Reichsregierung auch ihrerseits den gleichen Gedanken verwirklichte würde. Die ganze übrige Verordnung richte sich gegen die Bestrebungen privater Organisationen, sich Befugnisse der Polizei- und der Staatsverwaltung bezuglegen. Sie verbiete Organisationen und Parteien schon deshalb nicht, weil diese Begriffe zu schwer zu fassen seien, sondern sie bestrafe nur diejenigen mit Auflösung und Verbot, die selbst den Tatbestand schaffen, daß die Rotverordnung gegen sie zur Anwendung kommen muß. Die bayerische Regierung sei sehr entschlossen, den geraden Weg zu gehen, ganz gleich gegen wen, soweit es sich um Störer von Ruhe und Ordnung handle. In dem gegenwärtigen schweren Kampf des deutschen Volkes um seine Existenz habe die bayerische Regierung zur Erreichung des inneren politischen Friedens seinen besseren Weg finden können. Die Verordnung sei maßvoll, und der Vollzug werde nach allen Seiten hin energisch sein.

Die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien billigten die Rotverordnung und die kurzen Ausführungen des Ministerpräsidenten und lehnten eine weitere Aussprache darüber ab. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen die Verordnung, da das Republikausgesetz völlig genüge.

Die sozialdemokratische Bezirksleitung gegen die Polizei- und die Staatsverwaltung (scharfen Einspruch gegen die bayerische Rotverordnung, die durch ihren ersten Paragraphen die besetzte Palz über den Rahmen der Reichsverordnung hinaus einer empörenden und die Treue der Arbeiterschaft vernichtenden Sonderbehandlung unterwerfe.

Zur Erinnerung an die Paulskirche.

Seine Gedächtnis.

Zu der bevorstehenden Feier der fünfundsiebzigsten Wiederkehr der Eröffnung des ersten deutschen Parlaments am 18. Mai 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. erheben wir eine Gedächtnisrede, die im Auftrag des vorstehenden Ausschusses in der Druckerei der „Frankfurter Zeitung“ hergestellt worden ist. Die kleine Schrift bringt neben interessantem Text einen vorzüglich ausgewählten Bilderzirkel, der die hervorragendsten Köpfe des ersten deutschen Parlaments und Bilder aus den revolutionären Tagen zeigt. In einer Anzahl zeitgenössischer Karikaturen kommen die Schwärze jener Volksbewegung zum Ausdruck, an denen schließlich die Arbeit des Parlaments gescheitert ist. Die ausgezeichnete kleine Schrift ist zum Preis von 750 Mark zu beziehen. Sie sollte insbesondere auch in den Schulen verbreitet werden.

Zur Erinnerung an das Frankfurter Reichsparlament berufen die Ortsgruppe Berlin des Republikanischen Jugendbundes Schwarz-rot-Gold am Sonntag, 27. Mai, abends 7 Uhr 30, im Schwerehof, Kollwitzstraße, eine Kundgebung für „Eingetragene und Recht und Freiheit“. Die Festrede wird von einem bekannten republikanischen Staatsmann gehalten, Alexander Moissi, prägt Werke von Henning Duderstadt und aus der 48er Literatur. Die gesamte Kundgebung wird durch musikalische Darbietungen umrahmt. Eintrittskarten in der Geschäftsstelle des Bundes Berlin W. 10, Lindenstraße 12, Kurfürst 5863, ab Montag, 14. Mai.

Die Deutsche Schiller-Stiftung. Der Vorstand der Berliner Zweigstelle der Deutschen Schiller-Stiftung hat an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Georg Reide, den Schriftsteller Fritz Engel hinzugewählt.

